Unter Bezugnahme auf die dem Ausschuss in seiner Sitzung am 09.03.2017 zur Kenntnis gebrachten Informationen zur Verteilung der Jodtabletten erläuterte KVD Dahm den weiteren Verfahrensablauf. Entscheidende Parameter in der Thematik seien die Lage des Rhein-Sieg-Kreises sowie der Stadt Bonn in der sogenannten Fernzone. Seitens des Innenministeriums sei hier eine Vorverteilung von Jodtabletten nicht vorgesehen. Des Weiteren sei in dieser Zone nur die Jodprophylaxe für alle Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahren und für Schwangere vorzubereiten und im Bedarfsfall durchzuführen. Für den Großraum Aachen und Euskirchen seien durch das Land entsprechende Verteilkonzepte zur Vorverteilung von Jodtabletten genehmigt worden. Dies sei der Lage dieser Bereiche in der sog. Außenzone geschuldet, die unmittelbar in der Nähe eines Atomkraftwerkes liegen. Hier würden nach den Vorgaben des Bundes alle Einwohner bis zum 45. Lebensjahr bei der Verteilung von Jodtabletten berücksichtigt. Mit der Stadt Bonn sei man frühzeitig an das Land herangetreten mit dem Ziel, ein einheitliches Verteilkonzept zu erstellen. Dies sei seitens des Landes mit Verweis auf die originäre Zuständigkeit der Kreise und kreisfreien Städte abgelehnt worden. In der Folgezeit sei mit der Stadt Bonn an einem gemeinsamen Verteilkonzept gearbeitet worden, das die Einbindung der ortansässigen Apotheken im Ereignisfall vorsehe. Entsprechende Gespräche seien mit der Apothekerkammer Nordrhein geführt und die grundsätzliche Bereitschaft zur Mitwirkung signalisiert worden. Als problematisch stellte sich im Laufe der Überlegungen das - aufgrund der eher ländlich weitläufigen Struktur des Kreises - möglicherweise zu enge Zeitfenster nach Eintritt eines Schadensfalles heraus. Hier habe man sich in den weiteren Überlegungen von den Planungen der Stadt Bonn getrennt, die lediglich die Verteilung im tatsächlichen Bedarfsfall favorisiere. Den Apothekenverbänden wurde der Vorschlag unterbreitet, die Apotheken vor Ort frühzeitig mit Tablettenkontingenten im Zuge einer Vorbereitstellung zu versorgen. Dies sei seitens der Apothekenverbände begrüßt worden, da so bei einem Ereignisfall kein unnötiger Zeitverzug bei der Verteilung eintrete. Derzeit werde diese Variante durch die Apothekerkammer mit den Apotheken im Innenverhältnis abgestimmt, da die Teilnahme an der Verteilung grundsätzlich in der Entscheidungshoheit der einzelnen Apotheke liege. Die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten seien durch den Kreishaushalt zu tragen. Die Apothekerkammer habe jedoch eine Umsetzungsgarantie zur 100%igen Verteilung der Jodtabletten an alle Berechtigten im Bedarfsfall abgelehnt. Aus diesem Grunde arbeite man derzeit ergänzend zu dieser Vorgehensweise an einem parallel verlaufenden Verteilsystem, bei dem die kreisangehörigen Kommunen als Verteilstellen genutzt werden sollen. Dieses Anliegen wurde in der letzten Sitzung der Hauptverwaltungsbeamten am 08.09.2017 den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vorgetragen und Unterstützung sei signalisiert worden. Am 26.10.2017 werde ein Gespräch mit den entsprechenden Fachämtern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zur Abklärung der weiteren Details stattfinden. Dies bedeute in Gänze die Etablierung eines zweistufigen Verteilsystems, das die Einbindung der Apotheken vor Ort auf der einen Seite und die Einbindung der Kommunen mit eingerichteten Verteilstellen auf der anderen Seite vorsehe. In diesem Zusammenhang sei auch kein Engpass an Jodtabletten zu befürchten. Das Kontingent an Jodtabletten sei ausreichend bemessen, so dass eine solche Planung ohne weiteres umsetzbar sei. Dabei seien die Regularien zur Verteilung noch festzulegen, wobei hier keine starren Regeln angewandt werden

dürften. Die Verteilung müsse im Bedarfsfall schnell und unkompliziert verlaufen können. Es werde lediglich die Herausgabe der Tabletten dokumentiert.

KD´in Heinze unterstrich nochmals die Notwendigkeit eines unkomplizierten und schnellen Verfahrens bei Eintritt eines Schadensfalles. Nach den Gesprächen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie der Apothekerkammer sei ein guter Lösungsweg aufgezeigt, der eine Verteilung an alle Berechtigten ohne zeitliche Verzögerung und unter Einhaltung der vorgeschriebenen Fristen ermögliche.

Abg. Söllheim begrüßte die innovative Vorgehensweise des Kreises mit dem Zweistufen-Model und schlug vor, aufgrund der vielen kleineren Ortschaften im Kreisgebiet ohne Apothekenstruktur, die kommunalen Hilfsmittel wie z.B. die freiwilligen Feuerwehren in die Verteilarbeit mit einzubeziehen. Des Weiteren bat er um Auskunft, ob bei Eintritt des Verfallsdatums der Jodtabletten ein automatischer Ersatz vorgesehen sei und wem in diesem Fall die Kontrolle der Verfallsdaten und der notwendigen Nachbestellungen obliege. Hinsichtlich der Wirksamkeit der Tabletten fragte er nach, ob eine kurzfristige Einnahme der Tabletten im Bedarfsfall medizinisch sinnvoll sei.

KVD Dahm erläuterte, dass man hinsichtlich der Einbindung der Kommunen in den Bereitstellungs- und Verteilprozess der Jodtabletten den individuellen Möglichkeiten der Kommunen vor Ort Rechnung tragen werde. Eine Einbindung der Feuerwehren bei Eintritt eines Schadensfalles sei kritisch zu betrachten, da diese dann auch vielfältige weitere Aufgaben zu übernehmen hätten. Die bereitstehenden Tablettenkontingente wiesen eine Mindesthaltbarkeit bis 2021 aus.

ÄLRD Diepenseifen führte zur Frage der Wirkungsweise der Jodtabletten aus, dass durch die sofortige Einnahme des reinen, unbelasteten Wirkstoffes Jod die Aufnahme des gesundheitsgefährdenden, radioaktiv belasteten Wirkstoffs Jod durch die Luft reduziert werde. Insoweit schaffe man mit der Einnahme der Jodtabletten zwar keinen gesundheitlichen Rundum-Schutz, jedoch einen wichtigen Teilschutz, der medizinisch zu befürworten sei. Die Wirkung der zur Verteilung vorgesehenen Jodtabletten trete sehr schnell nach der Einnahme ein.

Abg. Albrecht erkundigte sich nach der Notwendigkeit der fachgerechten Lagerung der Medizinprodukte sowie der Bewertung der Dichte der Verteilstellen. Die Notwendigkeit der Einrichtung von Verteilstellen sei im flächenmäßig weitläufigen Kreisgebiet unterschiedlich zu gewichten. So seien die linksrheinischen Kommunen wie Swisttal bei Eintritt eines Schadensfalls aufgrund der Nähe zu Tihange stärker betroffen als beispielsweise Windeck. Eine einheitliche Behandlung im Kreisgebiet sei zwar juristisch korrekt, jedoch aufgrund der Dichte differenziert zu sehen.

KVD Dahm antwortete, dass es sicher das originäre Interesse der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der linksrheinisch gelegenen Kommunen sei, dieses Thema im Interesse ihrer Einwohnerinnen und Einwohner schnell und einvernehmlich zu regeln. Die Ansiedelung der 143 Apotheken im Kreisgebiet erstrecke sich schwerpunktmäßig auf die Ballungszentren, so dass die Verteilung über die kommunalen Stellen vor Ort auch dem vorgetragenen Gesichtspunkt Rechnung trage. Hinsichtlich der Lagerung der Medizinprodukte gebe es keine

besonderen Anforderungen zu beachten. Sie seien lediglich unter Verschluss zu halten.

SkB Schön bestätigte als Biologe die Ausführungen des ÄLRD. Bezüglich der Verteilung der Jodtabletten schlug er die Einbindung der örtlichen Arztpraxen vor, da Ärzte eine Abwägung der Risiken für den Patienten im Einzelfall bei schädlichen Nebenwirkungen vornehmen könnten.

KVD Dahm gab zu bedenken, dass bei einer Einbindung der Arztpraxen in den Bereitstellungs- und Verteilprozess der Jodtabletten ggf. die ständige Erreichbarkeit nicht gewährleistet sei.

Abg. Gasper wies auf das sehr enge Zeitfenster beim Eintritt eines Schadensfalles hin. Bei ungünstigen Witterungsverhältnissen sei ein schnelles Handeln notwendig und eine Vorlaufzeit von 18 Stunden nicht tragbar.

KVD Dahm stellte nochmals die Notwendigkeit der örtlichen Verteilung durch Apotheken **und** kommunale Stellen heraus, um ein kurzfristiges und schnelles Handeln zu ermöglichen.

Abg. Söllheim bat in diesem Zusammenhang darum, im Ausschuss die Ergebnisse der Gespräche mit den Kommunen vorzustellen.

Im Übrigen nahm der Ausschuss die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis